

wenigstens 35 Jahre alten Familienmännern eine zweite Wahlstimme, wobei sie je nach der Größe der Gemeinde 5 bis 15 Franken Steuern entrichten; die Regierung batte für die größeren Siedlungen 20 Franken Steuerbetrag gefordert. Im Übrigen wurde die Regierungsvorlage festgehalten. Der Sieg der Regierung bei der bisherigen Verhandlung war vollständig. Das allgemeine Stimmrecht wurde mit 103 gegen die 40 Stimmen der Sozialisten abgelehnt und nur Deputaten, welche bereits nach den früheren Normen in die Wahlberechtigung eingetragen waren, zugestimmt, das sie mit dem 25. Jahre (mit einer Stimme) wählten. Bei den Abstimmungen kam es zu wilden Scenen. Alle hörten wie in einem Tollhaus durcheinander, die Sozialisten brüllten und schlugen mit Fäusten auf die Tische. Von beiden Seiten des Hauses beschimpfte man sich gegenseitig, und diesem Toben gegenüber war der Präsident machtlos. Es bleibt nur abzuwarten, wie die Sozialdemokraten von der Couleur Anseß und Vandervelde sich zu der Annahme des Gesetzes außerhalb des Parlaments stellen werden. Die Sozialdemokraten hatten, wenn sie den projektierten Generalwahlrecht ablehnen, dies in den Glauden gelassen, die Regierung würde nachgeben und vor der Durchführung der sozialen Arbeiter nicht günstige Reform abschließen. Nun aber die Regierung nicht nachzugeben und das Gemeindewahlrecht zur Annahme gebracht hat, ist wohl eine um so faszinierende Belohnung der Regierung durch die gesetzliche sozialdemokratische Praxis und neue Führung in den Arbeitersiedlungen zu betrachten. Sie sind diesmal nicht im Staate gewesen, die sozialdemokratische Parteileitung, welche sich gegen den Generalwahlrecht aussprach, hatte, zu bedauern und am Freitag die "Räder still stehen" zu lassen, denn wie es sich herausstellte, waren ihre materialen Mittel infolge des harten, wenig einträglichen Winters erschöpft, das an genügende Vorbereitung zum Wasserausstand nicht hatte getragen werden kann. Aber zweifellos werden mit Hilfe auswärtiger Genossen die Mittel geschafft werden, um Rache für den 5. April zu üben.

Von dem guten Eindrucke, den in Frankreich die Sendung unseres deutschen Konsmannes, des Präfekten des Reichsversicherungsamtes, Geheimrat Bödler, zu dem Unfallversicherungskongress und der Eröffnung des Musée Social gemacht hat, legt natürlich ein langer Artikel des "Figaro" Zeugnis ab. Der Berichter, Eduard Jüter, der sich bei dem Präsidenten Bödler genau Auskunft über Entwicklung und heutige Lage des Ustafas, Invaliditäts- und Altersversicherungswesens geholt und räumt, wie andere seiner Landsleute es gerufen, neben der großen Sachkenntnis und geschäftsmäßigen Tüchtigkeit die präzise Beobachtungsfähigkeit des deutschen Vertreters, die manche Erörterungen gemacht hat, und sein leicht umgangenes Wesen im Kreise der französischen Minister, das dabei ganz fern von allem Bestreben war, die eigene Person in den Vordergrund zu bringen. Er erzählte, daß die nach Berlin ergangene Einladung zur Teilnahme bei Eröffnung des Sozialkongresses zuerst abgelehnt worden war und dann doch zuletzt angenommen wurde. Darauf wird die Vermuthung angeknüpft, daß vielleicht der Kaiser selbst im Vertrauen auf die persönlichen Eignungen Bödlers und die friedlichen Gehinnungen der zur Förderung sozialer Verbesserungen hier versammelten Männer die Anerkennung der späteren Annahme der Einladung gegeben und dem deutschen Abgeordneten und seiner Sendung damit eine Art diplomatischen Charakter verliehen habe, dem dieser mit seltener Geschick und Tact gerecht geworden sei. Es ist erstaunlich, dieser freudlichen Würdigung eines französischen Schriften zu begegnen. — Noch erstaunlicher aber ist das völlige Fassos des vor einigen Tagen von verschiedenen "patriotischen Verbündeten" eingerufenen Pariser Protesttreffen gegen den "Gang nach Rio". Die angekündigte "Monsterversammlung" hatte knapp dreihundert Menschen angelockt. Zieht man von dieser die Kommissionäre und deren Gefolge — jeder Pariser Polizist, der etwas auf sich hält, hat jetzt auch ein aus seinen "Jüngern" oder "Clients" bestehendes Gefolge, ohne das er sich bei feierlichen Gelegenheiten wie öffentlich zeigt und das ihm vielfach auch als Ehrenkartei bei seinen Bällen durch seine Stadt begleitet — zieht man, wie gefaßt von den knapp dreihundert Proletären die Kommissionäre und deren Gefolge, die Zeitungshersteller und die aus reiner Neugierde Geladenen waren endlich die gewohntesten Soldatensammlungen wieder, so bleibt als "Volk", das in patriotischer Erziehung protestieren sollte, so gut wie nichts übrig. Die sechs Deputaten, welche der Versammlung ein besonderes Recht geben sollten, waren von der Klasse derer, die kein Mensch ernst nimmt: radical-socialistisch bürgerliche "Patrioten", die aus dem Randalieren ein Gewerbe machen und von Zeller-collecten bei Volksversammlungen und von Schaubüchern kriegerischer Zeitungskarikaturen (die braven Leute waren ganz genau, daß ihre Parteikollegen den Frieden weder im Namen noch nach außen gestanden) leben. Über die "Kundmachungen und Bekanntmachungen des Meetings an Rio" zu berichten, wäre verlorene Mühe, selbst die Pariser Presse hat, abgesehen von sehr geringen Ausnahmen, die keine Rücksicht darauf genommen.

Deutsches Reich.

• Berlin, 7. April. Die "Kreis-Ausg. Fig." hatte bei gleichster Tage die auch dem "Leipziger Tagblatt" und ihrem Berliner "Fig.-Correspondenten" telegraphisch

gewollte Nachricht demnach, daß eine Verordnung des preußischen Kabinetts der Colonisation in Posen und Westpreußen geplant sei. Wie unbedeutet dieses Dementi des so offiziell gebenden Blattes war, erfuhr sich aus der Mitteilung der "Post", daß es im Plane der preußischen Staatsregierung liege, an dem Anleihevertragsgesetz von 1888 eine Änderung vorzunehmen. Nur werde diese nicht grundsätzlich umgestaltender, sondern ergänzender Art sein. Es handle sich darum, die Wirkung des Gesetzes im Sinne des Schutzes des Deutschen in den Ostmarken nicht abschwächen zu lassen, sondern zu verstärken. Der Hundertmillionen-Sollte soll aus zum Ankauf von solchen Gütern mit Betriebsaufwand dienten, also als Großwirtschaften verpachtet werden können. Die Verhältnisse der "Post" wird auch der Rat-Liberale Correll als richtig bezeichnet, welche hinzufügt: „Andererseits ist, wie erinnerlich, der Staatskredit die Frage der inneren Colonisation im Ganzen aufgerollt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auch nach dieser Seite die Vorbereitung im Gang sind, die eine Vereinbarung von Staatsmitteln beinhaltet, damit auch außerhalb des polnischen Invasionsschauplatzes größere, also in deutschem Besitz befindliche Güter in Rentenalter u. s. w. umgewandelt werden können. Man wünsche also, wenn diese Pläne reifer Gehalt gewinnen sollten, möglichst bald auf einige ostdeutsche Provinzen, insbesondere Brandenburg und Pommern, beschränkt müssen, um nicht allzu sehr ins Weite zu geraten.“

• Berlin, 7. April. Die fürstlich ausgebogene Offiziers-Soldatenkostüm ist maßgebend für die Offiziere und Sanitätsoffiziere des aktiven Heeres, sowie für die Sanitätsoffiziere des Verbandsbestandes, zur Disposition und außer Dienst. Der zunächst vorliegende erste Theil enthält die Anzugsbestimmungen, bei denen auch Anzugarten unterschieden werden, nämlich Dienstanzug, kleiner Dienstanzug, Paradesanzug, kleiner Uniform (früher Metallfestsatzanzug genannt) und vier verschiedene Anzugsarten für das Gefechten bei Hofe. Als Neuerung ist hervorzuheben, daß beim Dienstanzug von allen Offizieren der Fußtruppen kein Stiefelkragen und hohe Stiefel angelegt werden müssen, auch dann wenn die Mannschaften die Hosen über den Stiefeln tragen. Aus den Anzugsarten ist zu erkennen, daß bei den Husaren lange Tuchhosen überbaucht nicht mehr getragen werden, für sie giebt es nun noch Stiefelkragen und Fußstiefel einzuhängen aller Artzüge für Pferde. Bei den Kürassieren wird der Kürass nur noch bei Parades und Exerzien angelegt. Nach den Erfahrungen zu den Anzugsarten durch bei Parades während der Aufstellung und beim Vorbeimarsch keine anderen Zugengläser als Brillen getragen werden. Weiter dienten Hemdenfragen, Manschetten, Überlappen nicht sichtbar sein. Dienstschwärz ist, daß zur Feldausbildung der Offiziere das Tragen der Tornantasse steigert ist. Zur Feldausbildung muß jeder Offizier einen schlanken Helm überzeug haben. Die Offiziere und Sanitätsoffiziere des Verbandsbestandes sind an die müssen außer bei Übungen Uniform anziehen bei jeder dienstlichen Bevorstaltung, bei allen militärischen Feiern, sowie bei der eigenen Trauung. Das Anzeichen von Civilkleidern ist den Offizieren nicht erlaubt, während des Commandos zur Militair-Turnausbildung zu dienstlichem Aufgaben im Felde (Kampfausbildung) gestattet. Bei Uniformträgern war dies auch schon früher der Fall, jedoch ist für die Beschleunigung eingetreten, daß von seinen Offizieren und Sanitätsoffizieren, welche stets bei Uniformen als Reiter oder Husarier Uniform tragen müssen, auch auf den Reisen zum Rennen das Tragen von Civilleidern verboten ist. Die Sanitäts-Offiziere (Militärärzte) dürfen jetzt unter Dienst stets Civil tragen. Größer war die betreffende Verbilligung mit der Bewerbung verbunden, das Sanitätsoffizieren sei das anberdienstliche Tragen der bürgerlichen Kleidung zu gestatten, um sie in der Ausbildung des Civilexpräzess nicht zu behindern. (Sgl. 8.)

— Der Kaiser trat heute früh 8½ Uhr aus dem Hotel wieder her ein und empfing um 11½ Uhr den bayerischen Kultusminister von Landmann, Johann um 11¾ Uhr den auswärtigen Gesandten und verdeckten Minister Dr. Krämer, den Referenten im Prozeß Weiß, in München. — Wie der "Kreis-Ztg." mitgetheilt wird, dürfte sich die Anwesenheit des Kaisers gegen Josef bei den diebstädtischen Feierlichkeiten und die aus reiner Neugierde Geladenen wieder insofern noch nach außen gestanden haben, daß die Deputaten, welche der Versammlung ein besonderes Recht geben sollten, waren von der Klasse derer, die kein Mensch ernst nimmt: radical-socialistisch bürgerliche "Patrioten", die aus dem Randalieren ein Gewerbe machen und von Zeller-collecten bei Volksversammlungen und von Schaubüchern kriegerischer Zeitungskarikaturen (die braven Leute waren ganz genau, daß ihre Parteikollegen den Frieden weder im Namen noch nach außen gestanden) leben. Über die "Kundmachungen und Bekanntmachungen des Meetings an Rio" zu berichten, wäre verlorene Mühe, selbst die Pariser Presse hat, abgesehen von sehr geringen Ausnahmen, die keine Rücksicht darauf genommen,

• Berlin, 7. April. Die "Kreis-Ausg. Fig." hatte bei gleichster Tage die auch dem "Leipziger Tagblatt" und ihrem Berliner "Fig.-Correspondenten" telegraphisch

berangezogen, geschweige denn bei der preußischen Cavallerie eingeführt werden.

— Wie die "Berliner Neuesten Nachrichten" hören, ist der Bremer Telegrapher "Kaiser Wilhelm" dazu bestimmt, bei der Eröffnung des Nordostsee-Kanals den Kaisergruß abzulegen.

— Bei den Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und Japan sind laut der "Weier-Ztg." besonders die Eisenzölle frei.

— An den Fürsten Bismarck ist vom Ausschuß des Deutschen Kolonialgesellschafts am 1. April folgendes Glückwunsstelegramm abgesandt worden:

Die deutsche Kolonialgesellschaft bringt einer Deutschtum an den heutigen Tag die innigste Glück- und Segenswünche des und verbindet damit den ehrerbietigsten tiefsinnigsten Dank für die koloniale Unterhaltung, die einer Durchdringung des kolonialen Geschäftes des deutschen Reichs stellt sich gewidmet haben.

— Angesichts der letzten Vorgänge im Reichstag wird eine Neuerung des Centrumsgeordneten Baudri aus der Abgeordnetenbank-Sitzung vom 7. Februar 1874 erinnert.

„Das 1866 die Rheinprovinz, obgleich sie länglich von Truppen entblößt war, dennoch ihre Treue gezeigt hat, verdient wohl eine Anerkennung.“

Als dieselbe Partei, die jüngst den größten Mann für unendliche, dem Vaterlande geleistete Dienste einen Glückwunsch zum Geburtstag verliehen, verlangt jetzt dafür, daß die rheinische Söhne sich in schweren Stunden der Schlacht nicht vom Vaterland loslässt und nicht revoltiert, eine öffentliche Anerkennung im Abgeordnetenhaus.

— In Bezug auf Personaländerungen innerhalb des Bundes der Landwirthe, von denen lediglich die Reise war, meldet die "Kreis-Ztg.": „Am Ende der Landwirthe reiste demnächst die Reihe der "Preßabteilungen", Dr. K. Göbel und J. Hoffmann, sowie die Reihe des "Statistischen Bureau's", Dr. Fahrwirth und Dr. Thies, aus. Dr. Göbel übernimmt die politische Leitung des "Land-Anzeigers". Ansonsten wird eine Neuorganisation der wissenschaftlichen Abteilungen des Centralvereins des Bundes beschäftigt. jedenfalls wird damit nicht — was freilich Blätter andeutet — eine politische Frontveränderung des Bundes befürchtet.“

— Heute Richter erläutert in der "Kreis-Ztg.", seine bekannten Neuerungen auf dem in Berlin abgehaltenen freien Parteitag (das Centrum wäre als Vorläufer der Deutschen Partei demnächst die Reihe der "Preßabteilungen", Dr. K. Göbel und J. Hoffmann zur Lippe-Bielefeld und ich auch an den Bundesrat einen Protest gegen die Regierung des Prinzen Wolf gerichtet.“

— Altona, 6. April. Im niedlichen Hause des Werkmeisters, welches den 6. ländlichen Wahlbezirk bildet, und als Wahltagabgeordnete gewählt worden: Wittenbergischer Rechts in Petersberg, Güstrower Hader in Tönisvorst, holdenauer Opel in Hermbeck und Güstrower Bräger in Kleinbeckendorf. Mit Ausnahme des zuerst genannten Herren gehörten die Gewählten dem Wahlkreise an. Die Sozialdemokraten, welche auch im Kreisamt eine lebhafte Agitation entfacht haben, sind unterlegen.

— St. Johann, 6. April. Die höhere katholische Laienkirche der Ursulinen in St. Johann ist vom Ministerium genehmigt worden. (Rdn. Böltig.)

— Straßburg, 6. April. Der Großherzog von Baden traf heute Mittag zu einem kurzen Besuch des Katholiken hier ein und rief um 4 Uhr Nachmittags wieder nach Karlsruhe zurück.

* Altona, 6. April. Wegen Majestätsbeleidigung ist hier ein junger Mann, der Sohn eines Telegraphenbeamten, verhaftet worden, der seit Jahren Schmähbriefe und Schmähpostkarten an den Kaiser abgesandt haben soll. Der Verhaftete stand im Begriff, in seine Handschrift einzutreten, als die Eindringung durch seine Handschrift erfolgte. Er hatte schon als Gymnasiast Schmähkarten verhandelt. Vermuthlich handelt es sich bei ihm um eine krankhafte Auslage.

* Bösen, 6. April. Wegen Majestätsbeleidigung ist hier ein junger Mann, der Sohn eines Telegraphenbeamten, verhaftet worden, der seit Jahren Schmähbriefe und Schmähpostkarten an den Kaiser abgesandt haben soll. Der Verhaftete stand im Begriff, in seine Handschrift einzutreten, als die Eindringung durch seine Handschrift erfolgte. Er hatte schon als Gymnasiast Schmähkarten verhandelt.

* Detmold, 6. April. Folgende Erklärung wurde von der Wehrkraft der Mitglieder des Landtages dem Ministerium mitgeteilt:

„An höchstem Cabinettsministerium richten die ergänzt unterzeichneten Landtagsabgeordneten die Erklärung, daß sie, ohne Gedanken an die Auswirkung Sr. Durchsetzung des höchsten Kabinetts, die auf Nordseezug Sr. Durchsetzung des höchsten Kabinetts als Recht befreit annehmen, lediglich in der Absicht einer Erneuerung der bestehenden Regie vielleicht bedeutungsvolle Bedeutung zu vernehmen, der Anwendung in das Deutsche Reichsrecht folgen, die aber gegen irgend welche rechtliche Folge aus diesen Schriften verhindern und allen eine gewisse Sicherung über die Einigung der Regierung ist enthalten werden. Detmold, den 4. April 1885.“

Die nicht unterzeichneten Abgeordneten wollen sich, nach der "Rh.-W.-Z.", überhaupt nicht in das Reichsrechtloch begeben. — Graf Ferdinand zur Lippe-Bielefeld hat jetzt auch an den Bundesrat einen Protest gegen die Regierung des Prinzen Wolf gerichtet.

— Altona, 7. April. Im niedlichen Hause des Werkmeisters, welches den 6. ländlichen Wahlbezirk bildet, und als Wahltagabgeordnete gewählt worden: Wittenbergischer Rechts in Petersberg, Güstrower Hader in Tönisvorst, holdenauer Opel in Hermbeck und Güstrower Bräger in Kleinbeckendorf. Mit Ausnahme des zuerst genannten Herren gehörten die Gewählten dem Wahlkreise an. Die Sozialdemokraten, welche auch im Kreisamt eine lebhafte Agitation entfacht haben, sind unterlegen.

— St. Johann, 7. April. Die höhere katholische Laienkirche der Ursulinen in St. Johann ist vom Ministerium genehmigt worden. (Rdn. Böltig.)

— Straßburg, 6. April. Der Großherzog von Baden traf heute Mittag zu einem kurzen Besuch des Katholiken hier ein und rief um 4 Uhr Nachmittags wieder nach Karlsruhe zurück.

— Wien, 7. April. Die höhere katholische Laienkirche der Ursulinen in St. Johann ist vom Ministerium genehmigt worden. (Rdn. Böltig.)

— Wien, 6. April. Nach Meliorungen der Abendblätter aus Triest hat der Bischof Glavinic handschriftlich erlassen, in welchen er den Clerus von Istrien ermahnt, bei den bevorstehenden Landtagswahlen jegliche politische Agitation zu unterlassen und namentlich jede Verunsicherung von der Kanzel herab zu vermeiden.

* Graz, 6. April. Dr. Oberhändler hat in einem hier eingetroffenen Schreiben wiederholt, daß auch Bismarck sich freue, die Steiermärkte zu Österreicherne erneut zu erneuern. Der Grazer Volksauskunfts-Halle stelle sich, daß der Obmann des Kanzlers in der Spalte der Steiermärkte an den Altreichsanzug eine Ansprache richten solle. Der Grazer wird von einem Herrn aus der Untersteiermark mit steiermäßigen Wein gefüllt und von einem Herrn aus der Obersteiermark dem Fürsten mit einem passenden Spruch überreicht werden.

* Prag, 6. April. In einem handschriftlichen Brief an den Reichs-Vorsitzenden Geheimen Ober-Justiz-Rat Kessel berichtet er, daß seiner Meinung in den Abgeordneten der Reichstag als Wiederholung der österreichischen "Reichszeitung" verhindert, sofern auch dem politischen Leben ausdrücklich erlaubt darüber eine Berücksichtigung — Die "Kreis-Ztg." behauptet überzeugt, daß ihre Behauptungen über Fehlern in der Auslegung der "Reichszeitung" falsch seien.

* Wien, 6. April. Nach Meliorungen der Abendblätter aus Triest hat der Bischof Glavinic handschriftlich erlassen, in welchen er den Clerus von Istrien ermahnt, bei den bevorstehenden Landtagswahlen jegliche politische Agitation zu unterlassen und namentlich jede Verunsicherung von der Kanzel herab zu vermeiden.

* Wien, 6. April. Dr. Oberhändler hat in einem hier eingetroffenen Schreiben wiederholt, daß auch Bismarck sich freue, die Steiermärkte zu Österreicherne erneut zu erneuern. Der Grazer Volksauskunfts-Halle stelle sich, daß der Obmann des Kanzlers in der Spalte der Steiermärkte an den Altreichsanzug eine Ansprache richten solle. Der Grazer wird von einem Herrn aus der Untersteiermark mit steiermäßigen Wein gefüllt und von einem Herrn aus der Obersteiermark dem Fürsten mit einem passenden Spruch überreicht werden.

* Prag, 6. April. In einem handschriftlichen Brief an den Reichs-Vorsitzenden Geheimen Ober-Justiz-Rat Kessel berichtet er, daß seiner Meinung in den Abgeordneten der Reichstag als Wiederholung der österreichischen "Reichszeitung" verhindert, sofern auch dem politischen Leben ausdrücklich erlaubt darüber eine Berücksichtigung — Die "Kreis-Ztg." behauptet überzeugt, daß ihre Behauptungen über Fehlern in der Auslegung der "Reichszeitung" falsch seien.

* Hamburg, 6. April. Dem Kommandanten des Hamburger Schleswiger Kriegsmarsches "Normannia", H. Barends, welcher, wie gewohnt, am 31. März unter den häuslerischen Verhältnissen und mehrerer häuslerischer Beamten zur Beleidigung der Brückenlager an Nord-Ostsee-Kanal hier ein, nach Beschämung wurde in dem Bahnhofshotel das Frühstück eingenommen, darauf erfolgte die Rückfahrt nach Berlin.

* Hamburg, 6. April. Dem Kommandanten des Hamburger Schleswiger Kriegsmarsches "Normannia", H. Barends, welcher, wie gewohnt, am 31. März unter den häuslerischen Verhältnissen und mehrerer häuslerischer Beamten zur Beleidigung der Brückenlager an Nord-Ostsee-Kanal hier ein, nach Beschämung wurde in dem Bahnhofshotel das Frühstück eingenommen, darauf erfolgte die Rückfahrt nach Berlin.

* Copenhagen, 7. April. Die Kaiserin-Wittwe von Preußen wird guten Vernehmen nach am Dienstag um 10 Uhr 30 Minuten mittels Sonderzuges über Helsingør abreisen. — In Wartemunde besteht dieselbe den neu gebauten russischen Kaiserzug und segt mit diesem die Reise nach Petersburg fort.

(Fortsetzung in der 1. Auflage.)

— Italien.

* Rom, 6. April. Der "Osservatore Romano" bespricht den Besuch des vierten Sekretärs des Staatsrates, durch welchen die Decret vom 20. September 1894 aufgehoben wird, daß die Umwandlung des Kateschismusen-hospizes und die Beschlagnahme der Güter desselben angeordnet wurde, und ruhmt ihn als einen Act höchster Gerechtigkeit.

* Dänemark.

* Copenhagen, 7. April. Die Kaiserin-Wittwe von Preußen wird guten Vernehmen nach am Dienstag um 10 Uhr 30 Minuten mittels Sonderzuges über Helsingør abreisen. — In Wartemunde besteht dieselbe den neu gebauten russischen Kaiserzug und segt mit diesem die Reise nach Petersburg fort.

(Fortsetzung in der 1. Auflage.)

— Italien.

* Rom, 6. April. Der "Osservatore Romano" bespricht den Besuch des vierten Sekretärs des Staatsrates, durch welchen die Decret vom 20. September 1894 aufgehoben wird, daß die Umwandlung des Kateschismusen-h